

Sachsen-Anhalt wird blau!

In Sachsen-Anhalt wird sich zeigen, ob die Altparteien das Versprechen der Demokratie einhalten, die gewaltfreie Übergabe der Macht an die vom Volk gewählte Mehrheit.

Dass die Altparteien, also die neue Sozialistische Einheitspartei, es mit der Demokratie nicht so ernst nehmen, sehen wir im alltäglichen Umgang mit Abgeordneten, Parteimitgliedern, Anhängern und Wählern. Seit Jahren werden der AfD im Bundestag und in den meisten Landtagen der Parlamentsvizepräsident, Ausschussvorsitzende, Sitze in wichtigen Kontrollgremien, ja sogar Sitze in nationalen Stiftungsräten verwehrt.

In Baden-Württemberg und Niedersachsen werden Kandidaten durch sogenannte Wahlausschüsse, die bisher nur die Richtigkeit der eingereichten Wahlunterlagen zu prüfen hatten, nicht zur Wahl zugelassen. Den Kandidaten wird also das passive Wahlrecht entzogen, eines der wichtigsten Grundrechte in einer Demokratie. Dies geschah früher meist nur bei begangenen Verbrechen. Als Grundlage werden durch, dem Innenministerium unterstellte und somit weisungsgebundene, Behörden erstellte Gutachten herangezogen, die das bedruckte Papier nicht wert sind.

Es vergeht kein Tag, an dem nicht von irgendeinem Hanswurst ein AfD-Verbot gefor-



dert wird, vor allen von den Parteien, die aufgrund ihrer bürger- und vernunftfernen Politik ihre Wähler an die AfD verloren haben.

Immer wieder erdreisten sich Politiker der neuen SED, Schreiberlinge und linke Lautsprecher der ihnen hörigen Systemmedien, die AfD in eine Reihe mit den Nationalsozialisten zu stellen und verharmlosen damit die unfassbaren Verbrechen, die diese braunen Sozialisten begangen haben. Sie werfen der AfD immer wieder die Aushöhlung der freiheitlich demokratischen Grundordnung vor, von der aufgrund ihres eigenen Handelns kaum noch etwas übriggeblieben ist. Ihre Günstlinge in den Wirtschafts-, Sozial- und Kulturverbänden warnen vor der „Machtergreifung“ durch die AfD. Dabei

waren sie es, die in den letzten Jahren mit ihrer Hörigkeit gegenüber den Sozialisten unsere Wirtschaft in den Niedergang getrieben und unsere Gesellschaft bis zur Unkenntlichkeit entstellt haben. Kein noch so dummes und ideologiegetriebenes Unterfangen der Neosozialisten feierten diese dummen Deppen als fortschrittliches und der Welt zum Vorbild gereichendes Projekt und machten Deutschland weltweit zur Lachnummer.

Und trotz all dieser Widerstände, Anfeindungen, Diffamierungen und Verleumdungen geht die AfD ihren

Weg, weil die Menschen erkannt haben, dass sich hier Frauen und Männer zusammengefunden haben, die ihr Land wirklich lieben, die endlich wieder eine vernünftige und an den Interessen der deutschen Bürger ausgerichtete Politik etablieren wollen.

Sachsen-Anhalt wird zur Fackel der Hoffnung, da wir hier beweisen werden, dass die AfD willens und vor allem auch in der Lage ist, ihre Wahlversprechen einzulösen. Kein einziger Politiker der Neosozialisten ist in den letzten Jahren diesem Anspruch gerecht geworden. Wir werden es tun, erst auf Landes- und danach auf Bundesebene.

Wir werden den Menschen ihr Deutschland zurückgeben.

Karsten Hilse, Bundestagsabgeordneter

Unterstützungsauf Ruf

Dr. Rolf Weigand, ehemals AfD-Landtagsabgeordneter und heutiger Bürgermeister von Großschirma ist der Initiator der Aktion „Stoppmal – Mit Volksantrag zum Sächsischen Windkraftmoratorium“.

Auf der Webseite www.volksantrag.org finden Sie alle Informationen. Mit nur 40.000 Unterschriften können wir erreichen, daß sich der Sächsische Landtag mit diesem Gesetzentwurf gegen die Verspargelung unserer Heimat mit Windrädern auseinandersetzen muss.

Daher unterstützen wir als Kreisverband diese Initiative.



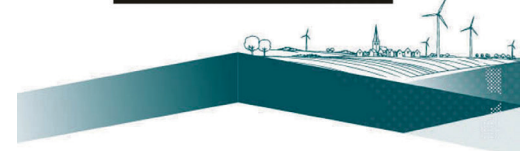
Unsere Bürgerbüros in Bautzen (Postplatz 1), Kamenz (Klosterstraße 4) und Hoyerswerda (Spremberger Str. 11) haben wir als Sammel- und Ausgabestelle der Unterschriftenlisten eintragen lassen. Hier können Sie direkt un-

#stoppmal

MIT VOLKSANTRAG.ORG

ZUM SÄCHSISCHEN

WINDKRAFTMORATORIUM



Ihre Unterschrift ist kein Wahlkreuz,
aber politisch wirksam. → volksantrag.org

terschreiben, aber auch Listen abholen, um Unterschriften zu sammeln und damit zum Erfolg der Aktion beitragen.

Sprechen Sie uns einfach an!

Gegen weitere Militarisierung unserer Heimat



Durch die öffentlichen Medien wurde Anfang August bekannt, dass die Czechoslovak Group den Sprengstoffhersteller Maxam am Standort Gnaschwitz übernimmt und Mittelkaliber-, Panzer- und 120-Millimeter-Mörsermunition produzieren sowie weitere Munitionskomponenten herstellen will.

Gewinne nach Prag fließen, da sich dort der Hauptfirmensitz befindet.

Die AfD spricht sich als Friedenspartei gegen die massive Aufrüstung, auch in unserer Heimat, aus.“

Spontan und kurzfristig rief der AfD Kreisverband Bautzen am 7. August 2026 zu einer Protestkundgebung vor den Toren von Maxam auf.

Gut 150 Menschen folgten unserem Aufruf, unseren Protest gegen die zunehmende Militarisierung unserer Heimat kundzutun. Wir stellen uns entschieden gegen das Vorhaben, mitten in einem Wohnort Rüstungsmunition herzustellen. Wir bedanken uns bei jedem einzelnen, der dabei war, bei den Rednern Jörg Urban und Frank Peschel, sowie bei Edgar und Veit von der Montagsmahnwache in Bautzen, die sich unserem Aufruf anschlossen und uns ihre Technik zur Verfügung stellten.

Wir werden auf jeden Fall an dem Thema dranbleiben, im Gemeinderat, im Kreistag und wir halten Sie auf dem Laufenden!

Frank Peschel, Vorsitzender AfD Kreisverband Bautzen

Dazu erklärte der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel in seiner Pressemitteilung am 6.8.2026:

„Ich bin schockiert über diese Mitteilung und teile die Angst vieler Bürger, dass mit der Ansiedlung eines Rüstungskonzern unsere Heimat zum potenziellen Anschlagort wird.

Die Munitionsproduktion im stark besiedelten Bautzener Oberland lehne ich strikt ab.

Die fortschreitende Militarisierung lässt befürchten, wohin dieser Irrsinn führt, zumal Deutschland führend die Ukraine militärisch und finanziell unterstützt. Geld, was uns im eigenen Land fehlt.

Gleichzeitig werden bei uns keine nachhaltigen Arbeitsplätze geschaffen, sondern mit Steuergeld subventionierte Arbeitsplätze, deren Produkte Tod und Zerstörung bringen können.

Dass die Czechoslovak Group im Hochlohnland Deutschland produziert und nicht im wesentlich günstigeren Heimatland Tschechien zeigt mir, dass die Tschechen um die Anschlaggefahr wissen, deutsches Staatsgebiet bewusst in Gefahr bringen und gleichzeitig die



Spendenkonto: Alternative für Deutschland . KV Bautzen
Bank: OSK Dresden . IBAN: DE16 8505 0300 0225 7855 52
Betreff: Spende Kreisverband Bautzen

Alternative Medien: Die neue Gegenöffentlichkeit



Meinungsfreiheit ist das Fundament der Demokratie und kein „rechtes Narrativ“. Unbequeme Meinungen auszuhalten, ist die Grundlage einer freiheitlichen Ordnung. Versuche, politische Gegner zum Schweigen zu bringen, gefährden die Demokratie selbst. Schon vor knapp 17 Jahren, am 6. November 2009 sagte Rainer Ortlieb (FDP), ehemaliger Bundesbildungsminister, in einem Interview mit der Jungen Freiheit: „Das grundgesetzliche Recht auf Meinungsfreiheit ist zwar de jure in Kraft, fällt aber de facto Meinungsmonopolisten zum Opfer.“

Er hatte damals die Konzentration der Meinungsbildung auf wenige Medienkonzerne im Blick. Einen solchen betreibt übrigens auch die SPD. Die zu 100% der Partei gehörende Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) steht auf Rang acht der Zeitungsgruppen in Deutschland und hält zudem zahlreiche Beteiligungen an anderen Medienhäusern wie der Madsack-Gruppe.

Eine politische Partei in Regierungsverantwortung als Medienunternehmen? Sollen Medien nicht unabhängig informieren, Staat und Parteien kontrollieren?

Von „Vierter Gewalt“ ist auch beim Zwangsgebührenfernsehen schon längst nichts mehr zu spüren. ARD und ZDF treten als fünfte Kolonne der Regierung auf, die sich dem Kampf gegen „Hass &

Hetze“ - also der Bekämpfung von Regierungskritik und Opposition - verschrieben hat.

Diese Entwicklung führte zu einem enormen Vertrauensverlust und zugleich zum Aufstieg alternativer Medien, die heute eine Schneise der Vernunft in die Deutungshoheit der freiwillig gleichgeschalteten Mainstreammedien schlagen.

Der NIUS-Werbespruch, „Früh morgens um sechs hören, was Ihnen abends 20 Uhr verschwiegen wird“, steht fast symbolisch, für die Arbeit alternativer Medien. Sie vermitteln andere Informationen, Sichtweisen und Perspektiven. Meinungsvielfalt gegen Medieneinfalt.

Laut einer INSA-Umfrage informieren sich mittlerweile 17 % der Bürger im Westen und 21 % im Osten hauptsächlich über Tichys Einblick, NIUS, Kontrafunk oder die Junge Freiheit. Tendenz steigend.

Das jagt den Mächtigen Schauer des Entsetzens über den Rücken. Das Bundeskriminalamt (BKA) soll „universalpräventiv“ gegen kritische Medien vorgehen.

Wohl wissend, dass alternative Medien überwiegend über das Internet senden, plant die EU-Kommission - unter dem Vorwand des Jugendschutzes - mit der Initiative „Social Media Plus“ nun das Ende der Anonymität und damit zugleich das Ende der freien Rede im Netz.

Unterstützen wir alternative Medien durch Mitgliedschaften, Spenden, Abos. Und: Teilen, teilen, nochmals teilen!

Jörg Urban, Landesvorsitzender AfD Sachsen

Die Deutsche Eiche & Der Aufzug – Zwei neue geschichtsträchtige Bilder im Büro des AfD Kreisverbandes Bautzen

Das technische Zeitalter ist für uns eng verbunden mit der Entwicklung des deutschen Schienennetzes, einem bedeutenden Zeugnis des 19. Jahrhunderts. Auf modernen Schnellfahrstrecken erreicht die Eisenbahn heute Geschwindigkeiten zwischen 230 und 300 km/h und ist damit das schnellste Verkehrsmittel an Land. Wie damals ist die Schiene mit ihren Schwellen eine wesentliche Voraussetzung für diesen Fortschritt. Besonders **Eichenholz** eignet sich hervorragend für Eisenbahnschwellen. Doch die Eiche spielt nicht nur im Eisenbahnbau eine Rolle – sie besitzt in der deutschen Geschichte eine tief verwurzelte Tradition.

Ein herausragendes Beispiel ist die **Suckower Eiche** auf Usedom, eines der ältesten Naturdenkmäler der Insel. Mit einem geschätzten Alter von 700 bis über 900 Jahren trägt sie eine faszinierende Symbolik für unsere Geschichte. „Die Suckower Eiche war nicht nur ein Naturdenkmal, sie ist auch Zeitzeuge.“ Sie überdauerte Jahrhunderte menschlicher Besiedlung,

diente Herzog Bogislaw IV. bereits Ende des 13. Jahrhunderts als Grenzmarke, war Kulturort und Landmarke. Sie prägte Landschaft und kulturelles Gedächtnis der Region.

Auch für den Künstler **Peter H. Schulze** war die Suckower Eiche Inspiration. Schulze, geboren in Schmölln/Oberlausitz, schloss sein Architekturstudium an der TU Dresden als Diplom-Ingenieur ab. Seine künstlerische Ausbildung erhielt er u. a. bei Prof. Helmut Heinze und Prof. Karlheinz Georgi. In der Sonderausstellung in der Klosterkirche & im Sakralmuseum St. Annen in Kamenz präsentierte er gemeinsam mit seinem Bruder Harald K. Schulze Werke unter dem Titel **„Die Wunden des Glücks“**.

Für uns, die **Liedertafel** Bautzen, war es eine große Freude, die Ausstellung am 3. Februar in Kamenz zu besuchen. Am 17. Februar beschlossen wir, die Werke **„Die Deutsche Eiche“** und **„Der Aufzug III“** zu erwerben und dem **AfD-Büro in Bautzen** als

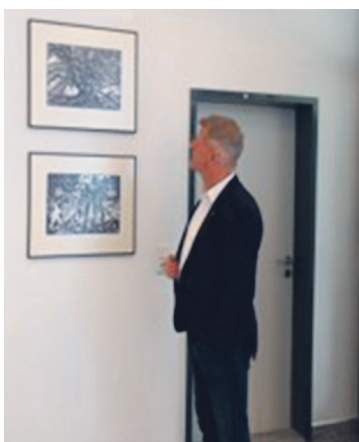
Spende zu übergeben.

Die Deutsche Eiche bei Suckow stand bereits im Dreißigjährigen Krieg. Seit 2025 ist sie tot und zusammengebrochen. Für uns ist dies ein Sinnbild für Deutschland und für den notwendigen Neustart, den unsere AfD für die Menschen in unserem Land verkündet.

Die „großen Aufzüge“ führen zivilgesellschaftliche Umtriebe vor. Die dargestellten Akteure steigern sich von „Aufzug I“ bis „III“ in ihrem bizarren Tun. Die Szenen wirken wie ernsthaft vorgetragene Teilhabe aus einer anderen Zeit – und doch bleibt ein unterschwelliges Gefühl von Gegenwart bestehen. Auch dies ist ein Sinnbild für Deutschland, das einen Neustart für unser Vaterland braucht.

Beide Bilder haben im Bautzener AfD-Büro einen würdigen Platz gefunden. Am 30. April wurden „Die Deutsche Eiche“ und „Der Aufzug III“ unserem Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse übergeben. Die Werke sind für alle Besucher gut sichtbar und präsentieren ein Stück gegenständlicher Malerei, das uns an die gegenwärtige Situation in unserem Land erinnert.

Gundolf Göbel,
Schatzmeister der Liedertafel Bautzen



Die Rettung der Geburtsstation im Kamenzer Krankenhaus

Stirbt der Konsum – stirbt der Ort. Die Stärkung des ländlichen Raumes ist seit Jahren nur hohles Phrasengedresche. Aktuell soll die Geburtshilfe- und Frauenheilkundestation des Kamenzer Krankenhauses schließen. Der Kreistag Bautzen beschloss ein Sofortprogramm, während ein Kreistagsmitglied vergeblich dagegen klagte. Dies offenbart das Versagen einer Politik, die das Land an den Rand des Ruins treibt: Bei Rekordsteuern explodieren Schulden und Zinslast. Während Kommunen 2025 mit knapp 32 Milliarden Euro im Rekorddefizit versinken, fließen Milliarden ins Ausland – 600 bis 700 Mio. Euro jährlich für afrikanische Gesundheitshilfe, 10,8 Mrd. Euro Entwicklungshilfe und über 96,5 Mrd. Euro für die Ukraine seit 2022. Die Versorgung ukrainischer Geflüchteter im Inland kostet seitdem über 30 Mrd. Euro. Den Krankenkassen fehlen zudem durch die unzureichende Erstattung für Transferleistungsbezieher (Bund zahlt 144 statt ca. 350 Euro) jährlich über 13 Milliarden Euro. Steigende Defizite und sinkende Versorgung sind die Quintung.

In diese Realität platzt der AfD-Antrag im Sächsischen Landtag („Kamenz ist überall“). Die CDU schiebt die Schuld auf sinkende Geburtenzahlen, und SPD-Sozialministerin Petra Köpping erklärt zynisch, man könne ja ein paar Kilometer weiter zur Niederkunft fahren. Das System brennt – der ländliche Raum zahlt die Zeche! In Kamenz gelten 316 Geburten als „unrentabel“. Schwangere müssten künftig bis zu 54 Minuten in die nächste Klinik fahren – das ist lebensgefährlich!

An Sozialministerin Köpping

Betreff: Dauerhafte Sicherung der Geburtshilfe Kamenz über 2026 hinaus

- Verletzung der Daseinsvorsorge:** Nach § 1 Abs. 1 SächsKrankenhG ist der Freistaat zur flächendeckenden Versorgung verpflichtet. Unzumutbare Fahrzeiten von bis zu 54 Minuten sprengen jeden Richtwert.
- Rechtlicher Hebel:** Das Ministerium kann sich nicht hinter dem Bund verstecken (wobei die maßgebliche Entfernung vom Wohnort zur Klinik zählt, nicht nur von Klinik zu Klinik). Nach § 5 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz liegt die Planungshoheit bei den Ländern. Sachsen hat die Befugnis, eine unbefristete Sonderregelung im Krankenhausplan zu verankern.



- Finanzieller Rechtsanspruch:** Bei Defiziten greift § 136c Abs. 3 SGB V. Der Freistaat muss Kamenz als Sicherungskrankenhaus einstufen, woraus ein direkter Rechtsanspruch auf dauerhafte Sicherstellungszuschläge für das Krankenhaus erwächst, die die Krankenkassen in voller Höhe auszahlen müssen.

Frau Köpping, übernehmen Sie Verantwortung! Sie haben noch 5 Monate Zeit; Sie dienen der Bevölkerung, nicht Ihrem Amtssessel. Den beiden CDU-Hinterbänkclern aus unserem Wahlkreis sei gesagt: Engagieren Sie sich für Ihre Heimat, statt ihren Untergang zu besiegeln. Es ist dokumentiert, dass Sie gegen den Antrag gestimmt haben. Wenn die CDU behauptet, es sei alles gut, weil der Landkreis reagiert hat, ist das blanker Hohn.

Kamenz ist überall. Wir kämpfen für die Heimat und erhalten unser Land!

Timo Schreyer, Landtagsabgeordneter und Kreisrat

Jährliches Volleyballturnier der Generation Deutschland am Stausee Bautzen

Bei sommerlichen Temperaturen fand am 27.06.2026 unser jährliches Volleyballturnier am Stausee Bautzen statt. Sieben Teams mit insgesamt rund 70 Teilnehmern und Gästen traten gegeneinander an und lieferten sich spannende Spiele. Auch der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse unterstützte das Bautzener Team vor Ort. Neben dem sportlichen Wettbewerb bot die Veranstaltung ausreichend Gelegenheit für persönliche Gespräche und einen gemeinsamen Tag in entspannter Atmosphäre.

Nicole Scharpe, Jugendbeauftragte des KV Bautzen



Vier Anträge gegen den Mainstream

Seit gut einem Jahr vertrete ich unsere Heimat im Deutschen Bundestag. In dieser Zeit habe ich mehrere Anträge eingebracht – Vorschläge, die zeigen, wie Politik aus meiner Sicht aussehen sollte. Auch wenn die anderen Fraktionen AfD-Anträge regelmäßig ablehnen, bleibt eines wichtig: Die Bürger sollen sehen, welche Alternativen es gibt.

Mein erster Antrag trägt den Titel „Transparenz-Check: ODA-Leistungen lückenlos veröffentlichen“. Klingt technisch, betrifft aber Milliarden Euro Steuergeld. Deutschland gibt jedes Jahr enorme Summen für Entwicklungshilfe aus. Doch wer wissen möchte, was mit diesem Geld konkret geschieht, stößt schnell an Grenzen. Mein Antrag fordert: volle Transparenz. Bürger sollen nachvollziehen können, wohin ihr Geld fließt und welche Ergebnisse damit erzielt werden.

Mit zwei weiteren Anträgen fordere ich das Ende deutscher Entwicklungshilfe für Brasilien und die Ukraine.

Brasilien ist längst kein armes Entwicklungsland mehr. Das Land verfügt über riesige Rohstoffvorkommen, eine starke Landwirtschaft und bedeutende Industriezweige. Statt Entwicklungshilfe braucht es wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Bei der Ukraine stellt sich eine andere Frage: Welchen Sinn hat es, deutsche Steuergelder in Projekte und Infrastruktur zu investieren, wenn diese im Krieg jederzeit wieder zerstört werden können? Hinzu kommen erhebliche Korruptionsprobleme. Deshalb halte ich es für verantwortungsvoller, zunächst das Ende des Krieges abzuwarten.



Ein weiterer Antrag richtet sich gegen die UN-Agenda 2030. Ich bin der Auffassung, dass politische Ziele in Deutschland nicht von internationalen Organisationen vorgegeben werden sollten. Stattdessen müssen nationale Interessen, wirtschaftliche Stärke und die Bedürfnisse der eigenen Bürger im Mittelpunkt stehen.

Ob Transparenz bei Milliarden-Ausgaben, ein kritischer Umgang mit Entwicklungshilfe oder die Frage nationaler Souveränität – meine Anträge verfolgen ein gemeinsames Ziel: Politik stärker an den Interessen Deutschlands und seiner Bürger auszurichten.

Matthias Rentzsch, Bundestagsabgeordneter

VIER ANTRÄGE

GUTE POLITIK STATT IDEOLOGIE

1 TRANSPARENZ STATT GEHEIMNISSE Transparenz-Check: ODA-Leistungen lückenlos veröffentlichen Jeder Cent muss nachvollziehbar sein – für die Bürger, nicht hinter verschlossenen Türen!	2 ENTWICKLUNGSHILFE FÜR BRASILIEN STOPPEN Brasilien ist längst ein starkes Land. Weniger Hilfe, mehr Zusammenarbeit auf Augenhöhe! Deutschland soll von Wachstum profitieren – nicht andere finanzieren!	3 ENTWICKLUNGSHILFE FÜR DIE UKRAINE STOPPEN Ukraine Erst Frieden schaffen, dann aufbauen. Geld sollte nicht in einem endlosen Krieg versickern! Hohe Korruption, zerstörte Infrastruktur – das ist keine Hilfe, das ist fahrlässig!	4 AUSSTIEG AUS DER UN-AGENDA 2030 Deutsche Ziele nach nationalen Prioritäten definieren – nicht nach globalistischen Vorgaben! Freiheit, Souveränität, Wohlstand: Unsere Zukunft bestimmen wir selbst – nicht die UN!
---	--	---	---

2024 abgelehnt. 2026 von Herrn Clemens, CDU entdeckt - Willkommen beim Familiensplitting

Bereits am 19. März 2024 brachte die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag mit der Drucksache 7/16091 den Änderungsantrag „Starke Familien für Sachsens Zukunft – Neuausrichtung der sächsischen Familienpolitik“ ein. Darin setzte sich die AfD für ein Familiensplitting und eine stärkere steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern ein. Vorgestellt und begründet wurde der Antrag von mir als familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion.

Am 20. März 2024 wurde der Antrag in der 85. Plenarsitzung von der Mehrheit des Sächsischen Landtags abgelehnt.

Nun fordert Sachsens Kultusminister Conrad Clemens (CDU) ebenfalls ein Familiensplitting. Ein Ansatz, den die AfD bereits 2024 im Sächsischen Landtag eingebracht hatte.

Mein Statement:

Gute Ideen bleiben gute Ideen – unabhängig davon, von wem sie kommen. Schade nur, dass die CDU den AfD-Antrag 2024 noch ablehnte und nun einen nahezu identischen Ansatz präsentiert. Das nennt man wohl Brandmauer: Erst ablehnen, später übernehmen. Ihre Doreen Schwietzer

Den Antrag können Sie im offiziellen Dokumentenportal des Sächsischen Landtags nachlesen: <https://www.landtag.sachsen.de/de/mediathek-und-publikationen/parlamentsdokumente/index.cshtml>

Geben Sie dort einfach die Drucksache 7/16091 in die Suche ein.

Doreen Schwietzer, Landtagsabgeordnete



**2024
ABGELEHNT.**

**2026 VON DER
CDU ENTDECKT.**

**WILLKOMMEN BEIM
FAMILIENSPLITTING.**

Doreen Schwietzer
Mitglied des Sächsischen Landtages

AfD

Familienarmut in Sachsen – Handeln statt Wegsehen!

Armut von Alleinerziehenden darf in Sachsen nicht länger hingenommen werden. Familien, die jeden Tag Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, verdienen Unterstützung und keine Politik des Wegschauens.

Deshalb habe ich im Sächsischen Landtag eine Kleine Anfrage (Drucksache 8/6900) gestellt, um die tatsächliche Situation von Alleinerziehenden und ihren Kindern in Sachsen transparent zu machen.

Mir war wichtig, belastbare Zahlen zu erhalten, denn nur auf einer ehrlichen Datengrundlage können politische Entscheidungen getroffen werden.

Ich wollte unter anderem wissen: Wie viele Alleinerziehende seit 2020 Bürgergeld beziehen. Wie viele Kinder Unterhaltsvorschuss erhalten. Wie hoch das Armutsrisiko von Alleinerziehenden im Vergleich zu Paarfamilien und zum Bundesdurchschnitt ist.

Die Antwort der Staatsregierung zeichnet ein alarmierendes Bild.

34,8% der Haushalte mit einem alleinerziehenden Elternteil und Kind(ern) in Sachsen gelten als armutsgefährdet.

Das bedeutet: Mehr als jede dritte alleinerziehende Familie lebt mit einem hohen Armutsrisiko – häufig nur knapp über oder sogar am Existenzminimum. Für viele Betroffene ist jeder Monat eine neue Herausforderung. Steigende Mieten, höhere Energiepreise und die allgemeinen Lebenshaltungskosten verschärfen die Situation zusätzlich.

Zum Vergleich: zwei Erwachsene mit einem Kind: 9,5%, zwei Erwachsene mit zwei Kindern: 30,3%, alleinerziehende mit Kind(ern): 34,8%

Hinter diesen Zahlen stehen keine Statistiken, sondern Menschen. Mütter und Väter, die oft Familie und Beruf allein organisieren, jeden Euro zweimal umdrehen müssen und ihren Kindern trotzdem eine gute Zukunft ermöglichen möchten. Viele verzichten auf Freizeitaktivitäten, Urlaubsreisen oder notwendige Anschaffungen. Häufig fehlt sogar das Geld für gesunde Ernährung, Nachhilfe oder Vereinsbeiträge.

Gerade Kinder dürfen jedoch nicht unter den finanziellen Sorgen ihrer Eltern leiden. Chancengleichheit beginnt nicht erst in der Schule, sondern mit den Lebensbedingungen in den Familien.

Familien brauchen deshalb endlich echte Unterstützung statt immer neuer Versprechungen.

Dafür setzt sich die AfD ein: Kostenfreies Mittagessen für alle Kinder in Kindergärten und Schulen. Mehr finanzielle Unterstützung für Familien. Ein familienfreundliches Elterngeld mit echter Planungssicherheit. Bezahlbaren Wohnraum für Familien. Eine Politik, die jungen Menschen wieder Mut macht, eine Familie zu gründen und Verantwortung für Kinder zu übernehmen.

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wer Familien stärkt, stärkt die Zukunft unseres Landes. Die Zahlen liegen jetzt auf dem Tisch – nun müssen den Worten endlich Taten folgen.

Die vollständige Antwort auf meine Kleine Anfrage (Drucksache 8/6900) finden Sie hier: https://redas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=51161



**FAMILIENARMUT
IN SACHSEN**

KLEINE ANFRAGE
DrS 8/6900
Wie hoch das
Armutsrisiko von
Alleinerziehenden ist –
im Vergleich zu Paarfamilien
und zum Bundesdurchschnitt.

**MEHR ALS JEDE DRITTE
ALLEINERZIEHENDE FAMILIE
IN SACHSEN LEBT IN ARMUT.**

Doreen Schwietzer
Mitglied des Sächsischen Landtages

AfD

Doreen Schwietzer, Landtagsabgeordnete

Die Gaucksche Normalverteilung



Zwei alte Bekannte, Herr A. und Herr G., treffen sich zufällig.

Herr G. sagt, Gott sei Dank sind wir ein reiches Land, und so gut wie uns geht es kaum jemandem in Europa. Besonders die Alten brauchen nicht meckern.

Herr A. sieht das anders: Während der OECD-Renten-Durchschnitt bei etwa 63 Prozent des vormaligen Nettoeinkommens liegt, erhält ein Durchschnittsrentner in Deutschland nur rund 48 Prozent. Bei den Italienern sind es sogar 90 Prozent! Und da diagnostiziert der Bundeskanzler messerscharf: Die Deutschen arbeiten zu wenig und feiern zu viel krank! Sie sollen nun bis 70 arbeiten. Er erwarte die entsprechende Eigenverantwortung der Erwerbstätigen. Der Erwerbstätigen, die jedes Jahr einen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen und schon weltweit die höchsten Abgaben (knapp 50% ihres Gehalts) in Form von Steuern und Sozialabgaben berappen. Dazu rät uns Herr Merz, Verzicht zu üben. Verzicht? Das Medianvermögen der Deutschen

beträgt 60.633 US Dollar. Damit liegen wir in Europa weit hinten, sogar hinter Slowenien. Die Spitzenreiter sind Niederlande (142.994), Belgien (168.084), von Luxemburg gar nicht zu reden (350.271).

Unser Altbundespräsident Joachim Gauck erklärt es uns gern verständlich: „Das Problem ist, jede echte Reform bringt Zumutungen mit sich. Wir brauchen eine politische Führung, die die Kraft aufbringt, der Bevölkerung zu erklären, warum wir diese Zumutungen akzeptieren müssen“. Wer akzeptiert hier denn welche Zumutung? Gauck erhält einen Ehrensold von rund 276.000 Euro pro Jahr. 2017 ging er in den Ruhestand, mit sage und schreibe neun Büros, die er heute noch betreibt und deren Kosten der Steuerzahler trägt. Seine Mitarbeiter kosten jährlich etwas über 400.000 Euro. Hinzu kommen Reisekosten, Personenschutz und Dienstwagen ... Ob da Herr Gauck denkt, dass das eine Zumutung für ihn ist? Ich glaube nicht, er hält diese höchst unterschiedliche Verteilung des Wohlstands in Deutschland sicherlich für normal. So ist das halt bei uns. Das ist die „Gaucksche“ Normalverteilung.

Den Gauck kann man halt immer zu Rate ziehen, wenn dem Volk Zumutungen zu erklären sind.

Übrigens: Eine mathematische Normalverteilung gibt es wirklich. Es ist die „Gaußsche“ Normalverteilung. Sie bildet die statistische Verteilung natürlicher Merkmale wie Körpergröße oder auch in gewisser Weise gesellschaftlich beeinflusster Eigenschaften wie Intelligenz und Glaubwürdigkeit ab. Da gibt es immer einige Minderbegabte, viele Normalos und wenige Großartige. Die Politiker in unserem Land werden sich wohl bei den Großartigen einordnen. Sie liefern ja auch „Großartiges“, das in den sicheren Untergang führt. Immer mehr Menschen merken das, sind skeptisch geworden und werden immer misstrauischer. Ablesen kann man das gut an dem Abschieben von CDU und SPD und an dem unaufhaltsam steigenden Zuspruch zur AfD. Und dieser wird weiter zunehmen, zuerst in den Ländern, und dann im Bund.

Oh, sagt Herr G. und erleichtert (nach B. Brecht).

Jürgen Mädlar

Die Akzeptanz der Lausitz und Deutschland zur Kernenergie - Reaktivierung deutscher Kernkraftwerke wirtschaftlich und sinnvoll

Die Energieversorgung in Deutschland steht vor einer entscheidenden Weggabelung. Steigende Preise, sinkende Versorgungssicherheit und der wachsende Energiebedarf durch Industrie und Digitalisierung zeigen deutlich: Der eingeschlagene Weg einer einseitigen Fokussierung auf Sonne, Wind und Erdgas reicht nicht aus, um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Besonders in der Lausitz, einer Region mit langer Energiegeschichte, wächst der Wunsch nach einer realistischen und tragfähigen Energiepolitik.

Bereits 2020 zeigte eine INSA-Umfrage, dass 63% der Lausitzer den Bau sicherer und abfallarmer Kernkraftwerke befürworten. Nur eine kleine Minderheit lehnt dies ab. Besonders bemerkenswert: Die Mehrheit der Befürworter spricht sich dafür aus, ehemalige Braunkohlestandorte in moderne Kernkraftwerksstandorte umzuwandeln.

Auch bundesweit zeigt sich ein klarer Trend: Laut einer Radiant-Energy-Group-Erhebung aus dem Jahr 2025 unterstützen 61% der Deutschen den Verbleib der Kernenergie im Energiemix – fast dreimal so viele wie die Befürworter eines vollständigen Ausstiegs.

Ein zentraler Punkt der aktuellen Debatte ist die Frage: Lohnt sich die Reaktivierung deutscher Kernkraftwerke? Die Antwort lautet laut Experten eindeutig: Ja.

Am 14. Juli 2026 präsentierten die Radiant Energy Group und Nuklearia einen umfassenden Bericht, der die Wiedereinbetriebnahme deut-

scher Kernkraftwerke untersucht. Das Ergebnis ist eindeutig:

Die Reaktivierung ist technisch machbar.

Sie ist wirtschaftlich sinnvoll.

Sie ermöglicht Strompreise, die deutlich unter den heutigen Großhandelspreisen liegen.

Die Vorteile der Reaktivierung:

- Nutzung bestehender Anlagen und Personal mit geringeren Kosten
- schnelle Inbetriebnahme durch Nutzung der vorhandenen Planung und Standortverfahren
- Modernisierung ermöglicht jahrzehntelangen Weiterbetrieb
- Stromgestehungskosten teilweise unter 40 €/MWh
- Wettbewerbsfähige Preise ohne staatliche Subventionen

Damit bietet die Kernenergie eine realistische Chance, Deutschlands Industrie wieder international konkurrenzfähig zu machen.

Der Bericht listet insgesamt 14 reaktivierbare Kernkraftwerke in Deutschland auf, die in drei Prioritätsgruppen wieder ans Netz gehen könnten. Die Gesamtleistung beträgt über 18 GW – genug, um einen erheblichen Teil des

deutschen Strombedarfs zu decken.

Der weltweite Energiebedarf steigt – insbesondere durch KI, Digitalisierung und chemische Industrie. Länder wie Frankreich, USA, Japan und Großbritannien setzen längst wieder verstärkt auf Kernenergie. Deutschland droht den Anschluss zu verlieren.

Die aktuelle Energiepolitik, die fast ausschließlich auf Wind und Photovoltaik setzt, ist nicht ausreichend. Sie gefährdet Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität.

Die Lausitz zeigt, wie groß die Bereitschaft in der Bevölkerung ist, neue Wege zu gehen. Die Kernenergie bietet eine realistische, sichere und wirtschaftlich sinnvolle Option, um Deutschlands Energiezukunft zu stabilisieren.

Ein Wiedereinstieg würde nicht nur die Versorgung sichern, sondern auch den technologischen Fortschritt fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stärken.

Deutschland braucht eine Energiepolitik, die auf Fakten basiert – und die Kernenergie gehört zwingend dazu.

Die AfD fordert in ihrer Energiepolitik immer wieder die Abkehr vom Atomausstieg, den so-

fortigen Stopp des Rückbaus stillgelegter AKWs, die Wiedereinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Meiler und den Neubau von Kernkraftwerken.



Dipl.-Chem. Ing. Gundolf Göbel
Stadtrat der Stadt Wilthen
Mitglied BFA Kernenergie
Mitglied Nuklearia

Der Wolf darf nun gejagt werden

Der Wolf ist in Sachsen seit September 2012 im Landesjagdrecht verankert, unterlag jedoch bisher einer ganzjährigen Schonzeit. Mit der Novellierung des Bundesjagdgesetzes im März 2026 wurde er bundesweit ins Jagdrecht aufgenommen. Dies ermöglicht die Entnahme von Problemwölfen an 365 Tagen im Jahr sowie eine reguläre Bejagung. Ziel ist ein waidmännischer Umgang mit dem Raubtier und der Schutz der Weidetierhaltung.

Aktuelle Regelungen (Stand Frühjahr 2026)

Aufnahme ins Jagdrecht: Der Bundestag setzt um, was Sachsen als Vorreiter lange praktizierte, und erweitert dies um reale Bejagungsmöglichkeiten.

Das Zwei-Säulen-Modell der Bejagung:

Säule 1 (Problemwolf-Entnahme): Schnellere, rechtssichere Entnahme von Wölfen, die Weidetiere trotz Schutzmaßnahmen reißen (365 Tage im Jahr im 20-km-Umkreis). Säule 2 (Reguläre Bejagung): Gezielte Bejagung des jährlichen Zuwachses von Juli bis Oktober.

Hintergrund in Sachsen: Wegen extrem hoher Wolfsdichten und Übergriffen auf Weidetiere (besonders Bautzen/Görlitz) wurde diese Änderung seit Jahren ge-

fordert.

Schutzstatus: Trotz Aufnahme ins Jagdrecht bleibt der Wolf vorerst streng geschützt. Die Bejagung erfolgt über Managementpläne; der Landesjagdverband Sachsen vertritt dabei die Jäger.

Der jahrelange Kampf um einen vernünftigen Umgang mit dem Prädator zeigt endlich Wirkung. Es musste jedoch erst ein Ereignis eintreten, bei dem die sonst unbeteiligten Entscheider persönlich betroffen waren.

Ursula von der Leyen ist persönlich betroffen: Im September 2022 wurde ihr 30-jähriges Lieblingspony „Dolly“ auf dem Anwesen im niedersächsischen Burgdorf von einem Wolf gerissen. Dieser Vorfall wurde zum zentralen Wendepunkt:

Politischer Kurswechsel: Von der Leyen setzte sich als EU-Kommissionspräsidentin vehement für eine Lockerung des Wolfsschutzes ein.

Kritik: Naturschützer und NGOs warfen ihr „persönliche Rache“ vor – für sie ist Wolfsbeobachtung eine erträgliche Quelle für Nichtarbeit zulasten der Gemeinschaft. Ergebnis: Die Absenkung des Schutzstatus in der Berner Konvention ebnete den Weg für die Neuregelung im Bundesjagdgesetz im Frühjahr 2026.

Es ist traurig, dass es erst ein Fanal wie den Tod von Pony „Dolly“ brauchte, um Anliegen



des Gemeinwohls gegen die Flut vermeintlicher Umweltlobbyisten durchzusetzen.

In Sachsen gibt es noch Klärungsbedarf: Es fehlt die Managementverordnung, die regelt, wer konkret welche Tiere erlegen darf (Revierinhaber oder spezialisierte Teams). Dies werden wir klären.

Ich habe in den letzten beiden Legislaturen 9 Anfragen im Sächsischen Landtag zum Wolf sowie mehrere Entnahmeanträge gestellt. Wir als AfD setzen uns weiterhin für eine heimatnahe Politik ein, die Land, Natur und Menschen schützt und dient.

Timo Schreyer, Landtagsabgeordneter

Gedanken einer Mutter

„Können Sie uns als Europäern sagen, was wir konkret tun können, um Ihnen zu helfen, mehr Russen, mehr russische Soldaten zu töten?“

Diese Frage stellte Michael Martens, Journalist bei der FAZ, dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj während einer Pressekonferenz in Belgrad. Er wurde dafür noch nicht mal zur Rechenschaft gezogen, von niemandem!

Mich als Mensch, als Mutter einer Tochter und eines gerade einmal vier Monate jungen Enkelsohnes, erschüttert dieser Satz, diese Frage zutiefst. Wie können wir helfen, Menschen zu töten?

Mag sein, daß jetzt beschwichtigt, Stellung genommen wird. Vielleicht (man möge es hoffen) entschuldigt sich Herr Martens sogar, aber eines steht fest: Diese Frage ist genau so gestellt worden und dieser Mann sollte nie wieder als Journalist arbeiten dürfen!

Es stellt sich mir die Frage, wohin eine Zivilgesellschaft gekommen ist, die eine solche Frage ohne größeren Aufschrei zulässt, so stehen lässt. Wie tief ist die menschliche Moral gesunken? Wie tief ist mittlerweile die Hemmschwelle gesunken? Wieso stellt ein Journalist so eine Frage? Warum will man Menschen töten?

Jeder weiß, daß dieser Krieg längst hätte beendet werden können. Es geht nur noch um Macht und Geld .. und offensichtlich um das Töten russischer Soldaten. Je länger dieser Krieg dauert, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit, das irgendwann unsere Väter, Männer, Söhne und Enkel als Kanonenfutter benötigt werden.

Ich persönlich habe Strafanzeige gegen Michael Martens gestellt. Denn, was ist dieser Satz? Volksverhetzung? Aufforderung zu Mord

und Totschlag? Es sollte Aufgabe der Ermittlungsbehörden sein, das lückenlos zu klären und entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen!

Machen Sie mit: <https://www.polizei.sachsen.de/de/online-wache-anzeige-erstatten.htm>

Ines Kanzler

Foto: Screenshot Redaktionsübersicht FAZ

